

Studieren nur mehr für Reiche?

Nun ist es offiziell, die ersten Vorschläge zur Einschränkung des freien Hochschulzuganges sollen gemacht werden. Mit der Einführung des dreigliedrigen internationalen Studiensystems (Bakkalaureat, Master, Doktorat) wird es auch Änderungen hinsichtlich der Zulassung geben, allerdings im negativen Sinne, gesellschaftlich als auch bildungspolitisch, denn nicht jeder wird in Zukunft studieren dürfen, können oder es sich leisten können.

Das Ministerium ist der Forderung der Rektoren nachgekommen, die sich ihre Studierenden ab den Masterstudiengängen selber aussuchen wollen – nach „fachlicher Qualifikation“, wie es so schön heisst.

Dies könnte zum Beispiel in Form von Zeugnissen, schriftlichen Tests, Motivationsschreiben, persönlichen Interviews und entsprechenden Gebühren erfolgen!

Doch, wie kamen die Rektoren zu dieser Forderung? Durch die Einführung des Universitätsgesetzes 02 bekamen die österreichischen Universitäten ein verlockendes Angebot: Autonomie, Selbständigkeit und Drittmittel. Ein ausgezeichnete Artikel im Standard beschrieb dies so:

„Die Universitäten wurden in die Selbständigkeit entlassen. Bildungsministerin Gehrler blieb ihrem Motto „Autonomie ist alles“ treu. Es gibt Budgetprobleme an Ihrer Uni? Lukrieren Sie doch Drittmittel! Zu wenige DiplomarbeitsbetreuerInnen? Überfüllte Hörsäle? Ja, warum studieren auch so viele dasselbe Fach?“

Und ganz fein wischt man sich nun ab: Schuld sind die Studierenden, ProfessorInnen und Rektoren, aber nicht das Bildungsministerium. Und sollte doch mal eine Beschwerde kommen, ist die Antwort stets parat: „Sie sind ja autonom, Sie können tun und lassen, was Sie wollen (und sind damit auch selber schuld).“

Die Universitäten werden durch ständige Budgetkürzungen gezwungen, die unerträgliche

Situation zu bekämpfen, etwas durch Studienplatzbeschränkungen. „Anstatt um Mittel für die Universitäten zu kämpfen, damit alle Studierenden den Abschluss machen können, ergreift die Ministerin die Gelegenheit beim Schopf, um den freien Hochschulzugang einzuschränken“, so ein Abgeordneter zu Nationalrat in einem Interview.

Das Bakkalaureat soll momentan noch für alle frei zugänglich sein. Grob vergleichbar ist es mit einem erweiterten 1. Studienabschnitt (6 Semester) einer Studienrichtung, das allerdings wirtschaftlich bzw. praxisorientiert sein soll und als Abschluss gilt.

Allerdings nicht als akademischer, denn die Republik Österreich kennt die AbsolventInnen eines Bakkalaureatstudiums nicht als AkademikerInnen an und es ist auch nicht geklärt, ob diese Ausbildung vom Arbeitsmarkt anerkannt und angenommen wird.

Die Diskussion um die Aufnahmebedingungen an österreichischen Unis wird spätestens dann voll entbrennen, wenn die Entscheidung des EuGH die Zulassungsbeschränkungen für ausländische Studierende als gleichheitswidrig erklärt.

Das Resultat wird sein, dass von Seiten der Rektoren die kontroversesten Vorschläge ge-



macht werden, das Ministerium seine Hände in Unschuld waschen wird und wir als Studierende um unser Recht kämpfen müssen!

Bleibt diesmal zu hoffen, dass viele unserer Studierenden sich dieses weitreichenden Problems bewusst sind und dieses Mal mehr Initiative ergreifen, als es bei den Studiengebühren oder beim HSG der Fall war.

Bildung ist keine Ware, sie ist ein öffentliches Gut, frei und unabhängig. Ein Auftrag an den Staat, ArbeiterInnen, BürgerInnen und Menschen zu bilden, als auch zu qualifizieren, zu forschen und Wissen entwickeln zu können.

Es muss allen Bevölkerungsgruppen gleich zugänglich sein und nicht die Senkung, sondern die Anhebung des Bildungsniveaus muss ein zentrales Ziel sein.

Silvia Allerbauer

Christian Holly

Matthias Walser

**Die Vorsitzenden der
Hochschülerschaft an
der TU Graz**